

Für eine ambitionierte, sozial gerechte und feministische internationale Klimapolitik bei der UN-Klimakonferenz in Baku (COP29)

Die **Klimakrise** ist eine globale **Gerechtigkeitskrise**. Das [reichste Prozent](#) der Weltbevölkerung ist für genauso viele CO₂-Emissionen verantwortlich wie die fünf Milliarden Menschen, die die ärmeren zwei Drittel ausmachen. Von den dramatischen Folgen der Klimakrise sind marginalisierte Gruppen besonders stark betroffen. Die Klimakrise verschärft somit bestehende Ungerechtigkeiten, auch zwischen Gendern. Die [UN schätzen](#), dass aufgrund der Folgen des Klimawandels bis zu 158 Millionen Frauen und Mädchen bis 2050 in Armut gedrängt werden könnten – 16 Millionen mehr als die erwartete Zahl von Männern und Jungen.

Deutschland kommt eine **historische Verantwortung** zu – bei der kumulativen Betrachtung von weltweiten CO₂ Emissionen seit 1850 stehen wir auf [Platz 6](#). Aktuell gibt es nur [sieben Länder](#) auf der Welt, die jährlich mehr CO₂ Emissionen ausstoßen.

Es ist aus internationaler Solidarität geboten, unseren Anteil an den **globalen Emissionen möglichst schnell zu reduzieren** und **ausreichende Unterstützung für besonders betroffene Menschen und Regionen** bereitzustellen: Die Anzahl der klimabedingten Katastrophenereignisse hat sich in den letzten 20 Jahren [fast verdoppelt](#). Wir spüren es in Deutschland an den schlimmen Überflutungen, zuletzt im September. Am meisten betroffen von den Folgen des Klimawandels sind jedoch Menschen in anderen Teilen der Welt, die oft am wenigsten Anteil an der Verursachung des Klimawandels haben und zugleich am wenigsten Möglichkeiten und Ressourcen, um sich davor zu schützen. Es ist ein sozialdemokratisches Kernanliegen, die Menschen mit den geringsten Möglichkeiten in den Blick zu nehmen.

Es liegt aber auch **in unserem unmittelbaren Interesse**, da wir für die Lösung globaler Probleme und Konflikte, auch über die Klimakrise hinaus, auf die Unterstützung der vom Klimawandel besonders betroffenen Staaten angewiesen sind.

Daher fordern [SPD.Klima.Gerecht](#) und das [Netzwerk feministische Außenpolitik der SPD](#) die deutsche Bundesregierung und insbesondere die SPD dazu auf, bei der UN-Klimakonferenz in Baku (COP 29) **eine ambitionierte, sozial gerechte und feministische internationale Klimapolitik** hinzuwirken. Folgende Maßnahmen sind hierbei essentiell:

- **Gerechtigkeit in der Finanzierung** des Klimaschutzes, der Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel und der Klimafolgeschäden **sicherstellen**:
 - Eine Anerkennung der ‚wahren‘ Kosten, die der Klimawandel verursacht, ist nötig. [Neueste Schätzungen](#) verdeutlichen die möglichen dramatischen Schäden, von fast 20 Prozent Einkommensverlust weltweit bis 2050 und damit Bedarfe weit über dem bisher vereinbarten Klimafinanzierungsziel von 100 Milliarden USD.
 - Es braucht dafür ein neues globales Ziel für die Klimafinanzierung (New Collective Quantified Goal, NCQG), welches Länder des globalen Süden (Nicht-Annex I/

Entwicklungsländer in den Verhandlungen genannt) angemessen beim Umgang mit der Klimakrise unterstützt. Der Betrag sollte bis 2030 auf mind. eine Billion USD jährlich erhöht werden, um die tatsächlichen Bedarfe zur Bekämpfung der Klimakrise auch nur annähernd decken zu können. Zum einen sollten hierfür Unterziele für Emissionsminderung, Anpassung an den Klimawandel und Klimafolgeschäden gesetzt werden, damit neben CO₂-Reduktion auch der Schutz vulnerabler Gruppen vor den Folgen des Klimawandels sichergestellt wird.

- Um ausreichend Klimafinanzierung bereitstellen zu können, muss die deutsche Regierung sicherstellen, dass die deutsche Zusage von 6 Milliarden Euro Klimafinanzierung bis 2025 eingehalten wird. Ab 2025 müssen Mittel im Haushalt eingeplant werden, die sich an einem fairen Anteil des neuen globalen Klimafinanzierungsziels von mindestens 8 bis 10 Milliarden Euro pro Jahr orientieren. Außerdem bedarf es eines gerechten Verteilungsmechanismus der Kosten und einer konkreten Bezifferung des Beitrags aller Länder mit den höchsten CO₂-Ausstößen. Hierzu zählt auch eine mögliche Verbreiterung der Geberbasis gemessen an den aktuellen Pro-Kopf-Emissionen, um weitere Finanzierungsmittel freizusetzen.
- Die Ausgestaltung des Loss and Damage Funds durch klare Zeitleisten und Kriterien für Einzahlung und Verwendung des Geldes ist essentiell. Deutschland sollte den Fonds nachhaltig finanzieren und sich als Mitglied des Boards dafür einsetzen, dass die Gelder direkt bei den schutzbedürftigsten Gesellschaftsgruppen ankommen, wofür eine enge Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft vor Ort nötig ist.
- Neben Krediten sollten verstärkt Zuschüsse und alternative Finanzierungsarten Anwendung finden (z.B. debt for climate swaps), um die Verschuldung von Ländern im sog. Globalen Süden nicht weiter anzufeuern. In diesem Kontext sollte die Frage der Klimafinanzierung mit der Reform der internationalen Finanzarchitektur zusammen gedacht werden, um Staaten mehr Anreize und bessere Unterstützung für Investitionen in globale öffentliche Güter wie den Klimaschutz zu bieten und u.a. ein Staateninsolvenzverfahren aufgesetzt werden.
- Wir unterstützen eine weltweite Mindeststeuer für Milliardäre, wie von Brasilien in der G20 vorgeschlagen. Die faire Besteuerung großer Vermögen könnte nötiges Geld für den Klimaschutz bereitstellen und würde dafür sorgen, dass die sehr reichen Bevölkerungsgruppen, die in besonderem Maße für die Klimakrise verantwortlich sind, auch zu deren Bekämpfung angemessene Beiträge leisten. Und nicht zuletzt ist es wichtig, dass klimaschädliche Subventionen weltweit abgebaut werden, u.a. im Flugverkehr.
- Den **Just Transition Ansatz konsequent anwenden**, u.a. bei der Bestimmung der national festgesetzten Beiträge (NDCs) und des Globalen Anpassungsziels (GGA), sowie beim Just Transition Work Programme (JTWP).
 - Derzeit beinhalten nur weniger als [40% aller NDCs](#) explizit Just Transition Prinzipien, was bedeutet, dass in einem Großteil der Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels soziale Gerechtigkeit und die Einbindung von Gewerkschaften und der Zivilgesellschaft in

die Transformation nicht ausreichend berücksichtigt werden. Durch die Integration von Just Transition Elementen in NDCs und des GGAs kann allerdings nicht nur ein sozial gerechter Strukturwandel hin zu mehr Klimaschutz unter Einbindung marginalisierter Gruppen sichergestellt werden. Just Transition Ansätze bedeuten auch reduzierte systemische Risiken der Transformation und sind so attraktiver für öffentliche und private für Investor*innen. Und nicht zuletzt tragen soziale gerechte Klimaschutzmaßnahmen, die von einer breiten Bevölkerungsgruppe getragen werden, auch zu einer größeren Akzeptanz bei.

- In den Verhandlungen zum JTWP müssen die ILO-Leitlinien für Just Transition sowie die Arbeitnehmer*innenrechte fest verankert werden. Das JTWP sollte konkrete und verbindliche Empfehlungen für die Umsetzung machen und sich weniger auf prozedurale Elemente konzentrieren.
- Konkrete **Maßnahmen zur Reduktion der Gender-bedingten Ungerechtigkeiten**, die durch den Klimawandel entstehen, **definieren**:
 - Es braucht dringend einen neuen und umfassenden Gender Action Plan, der die Querverbindungen zu Just Transition und Menschenrechten herstellt. Bereits erreichte Fortschritte bei Gendergerechtigkeit im Rahmen des Lima Work Programmes müssen verteidigt werden sowie Ziele, Indikatoren zur Messung des Fortschritts bzgl. Gendergerechtigkeit im Hinblick auf den Klimawandel und Verantwortlichkeiten klarer definiert werden.
- **Zivilgesellschaftliche Räume und Umweltaktivist*innen schützen**
 - [196 Umwelt- und Klimaaktivist*innen](#) wurden 2023 weltweit ermordet. Zudem werden Aktivist*innen unter anderem in Europa zunehmend kriminalisiert. Sichere und freie Räume für eine aktive Zivilgesellschaft sind unabdingbar für offene Gesellschaften und Fortschritte für wirksamen und inklusiven Klimaschutz und müssen daher unbedingt geschützt werden. Gegenüber der Aserbaidschanischen COP 29-Präsidentschaft sollte auf die eklatanten Menschenrechtsverletzungen sowie insbesondere die Inhaftierung vieler Oppositioneller und kritischer NGO-Vertreter*innen durch das aserbaidschanische Regime klar hingewiesen werden.